

SCHLAGLICHTER REGIONALER GESCHICHTE

hg. vom Landesverein Badische Heimat (Dr. Sven von Ungern-Sternberg)
und der Abteilung Landesgeschichte am Historischen Seminar der
Universität Freiburg (Prof. Dr. Jürgen Dendorfer)

Band 5

Heinz Krieg/R. Johanna Regnath/Heinrich Schwendemann/
Hans-Peter Widmann/Stephanie Zumbrink (Hg.)

Auf Jahr und Tag

Leben in Freiburg in der Neuzeit

Auf dem Umschlag: Collage von Porträts Freiburger Persönlichkeiten (Grafik: Holger von Briel).

GE
2019
8053

Die redaktionellen Arbeiten wurden unterstützt von:

Abteilung Landesgeschichte am Historischen Seminar der Universität Freiburg
Alemannisches Institut Freiburg i. Br. e. V.
Breisgau-Geschichtsverein Schauinsland e. V.
Freiburger Münsterbauverein e. V.
Kulturamt Freiburg, Abteilung Stadtarchiv
Landesverein Badische Heimat e. V.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Universitäts-
Bibliothek
Freiburg i. Br.

© 2019. Rombach Verlag KG, Freiburg i. Br./Berlin/Wien

1. Auflage. Alle Rechte vorbehalten

Grafik Buchcover: Holger von Briel, Donaueschingen

Satz: Angela Wizemann, Lörrach

Umschlaggestaltung: Bärbel Engler, Rombach Verlag KG, Freiburg i. Br./Berlin/Wien

Herstellung: Rombach Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG, Freiburg i. Br.

Printed in Germany

ISBN 978-3-7930-5181-7

K

Inhalt

Vorwort	7
Gitschmann, Helmle, Geiges Glasmalerei in Freiburg DANIEL PARELLO	11
Euphemia Dorer Das Schulwesen der Ursulinen R. JOHANNA REGNATH	39
Bartholomä Herder Verleger in Freiburg CHRISTOPH SCHMIDER	61
Carl von Rotteck Vormärz und Liberalismus JÖRN LEONHARD	77
Hermann von Vicari Kulturkampf in der Stadt ELENA HEIM	101
Georg Schneider und Josef Durm Architektur im 19. Jahrhundert STEPHANIE ZUMBRINK	123
Lorenz Werthmann Caritas und Wohlfahrtspflege GABRIELE WITOLLA	145

Bertha Ottenstein Odyssee einer Wissenschaftlerin KARL-HEINZ LEVEN	165
Gertrud Luckner Widerstand im Nationalsozialismus ROBERT NEISEN	181
Literaturverzeichnis	207
Abbildungsnachweis	211
Haftungsausschluss	215
Autoren und Herausgeber	217

Vorwort

Mit diesem Buch liegt nun der vierte Band zur Freiburger Vortragsreihe *Auf Jahr und Tag* vor Ihnen. Die Vorträge dazu fanden im Wintersemester 2018/2019 zwar im Auditorium Maximum, d. h. dem größten Hörsaal der Albert-Ludwigs-Universität statt, erreichten aber nicht nur die Universitätsangehörigen, sondern ein großes, öffentliches Publikum. Die Abende führten die thematische Ausrichtung des vorherigen Bandes weiter, in dem wir unter der Überschrift *Leben im mittelalterlichen Freiburg* unsere Aufmerksamkeit besonderen Menschen und ihren Lebensumständen in der Zeit bis um 1500 gewidmet hatten.

Nun stellen wir unter dem Thema *Leben in Freiburg in der Neuzeit* wiederum bekannte und weniger bekannte Personen ins Rampenlicht, die in Freiburg wichtige Spuren hinterlassen haben. Aber dabei geht es nie nur um den oder die Einzelnen. Mindestens genauso spannend ist es, zu erfahren, wie sie in ihr soziales Umfeld eingebunden waren und dieses durch ihr Handeln veränderten, wie sie von ihren Berufszugehörigkeiten geprägt wurden und gleichzeitig auf die Entwicklung ihrer Berufsfelder Einfluss nahmen. Jede einzelne Persönlichkeit soll uns auch immer ein Stück der Lebenswelt in der Stadt näherbringen. Am Anfang des Bandes steht – wieder einmal – ein Beitrag, der mit dem Freiburger Münster zu tun hat. Das ist nicht verwunderlich, war doch das Münster immer das zentrale Identifikationssymbol der Freiburger Bürgerschaft. Thema dieses Aufsatzes sind die berühmten Glasfenster im Münster, ihre Schöpfer und ihre wechselhafte Geschichte. Man könnte denken, sie seien schon von Anfang an so gewesen, wie wir sie heute kennen. Das ist aber mitnichten der Fall. Fehler in der technischen Ausführung, unprofessionelle Reparaturversuche von schlimmen Schäden und kongeniale Neuschöpfungen lagen oft nahe beieinander. Daniel Parello führt entlang der Lebensgeschichten von Hans Gitschmann (auch Hans von Ropstein genannt), von den Brüdern Andreas und Lorenz Helmle, von dessen Söhnen und von Fritz Geiges in die Freiburger Glasmalerei am Münster ein.

Mit dem nächsten Text porträtiert R. Johanna Regnath eine Frau, die sich bis in die Gegenwart nachwirkende Verdienste um die Mädchenbildung in Freiburg erworben hat: Euphemia Dorer. Als junge Nonne zeigte sie in der Ursulinengemeinschaft in Luzern mystische Neigungen. Mit 38 Jahren fiel es ihr dann zu, in Freiburg ein Kloster und eine Mädchenschule für ihren Orden zu begründen. Keine einfache Aufgabe: Geldmangel war dabei ein permanentes Problem, aber nicht das einzige, mit dem sie zu kämpfen hatte. Gegen die zerstörerischen Auswirkungen von zwei Belagerungen half auch



Abb. 7: Grabmal von Bartholomäus und Johanna Herder auf dem Alten Friedhof in Freiburg

Besonders hervorgehoben wird »seine lithographische und geographische Anstalt, welche für eine große Anzahl hiesiger Einwohner eine dauernde Nahrungsquelle bietet« und die »von keiner ähnlichen in Teutschland sowohl in Beziehung auf die Ausdehnung als hinsichtlich ihrer Produktionen übertriffen« wird. Jeanette Herder, die am 15. März 1839 noch eine Danksagungsanzeige in der *Freiburger Zeitung* aufgegeben hatte, folgte ihrem Mann wenige Wochen später, am 1. Juni 1839. Beigesetzt wurden beide auf dem Alten Friedhof, wo man das Grab noch heute finden kann, an der nördlichen Umfassungsmauer hinter der Michaelskapelle, nahe dem Eingang in der Johannerstraße (Abb. 7).

Carl von Rotteck Vormärz und Liberalismus

JÖRN LEONHARD

Die Ambivalenz des liberalen Erbes

»Der Liberalismus will nichts als die Zukunft der Geschichte.« Als Ausdruck der Gegenwart in ihrer Ausrichtung auf eine nahe Zukunft und den ihr eigenen Fortschritt definierte Theodor Mundt, eine der prominentesten Figuren des Jungen Deutschland, den Begriff ›Liberalismus‹ 1834. Nicht weniger emphatisch äußerte sich wenige Jahre später der Hallenser Student Rudolf Haym in einem Streit um den Begriff ›Liberalismus‹: »Wir eben sind die Zeit!«

In einer seit der Französischen Revolution und den Kriegen Napoleons von tiefgreifenden Umbrüchen gekennzeichneten Epoche sprach aus diesen Äußerungen das selbstbewusste und ungebrochene Vertrauen, mit dem Liberalismus die Zukunft selbst zu besitzen und den universalhistorischen Fortschritt zu verkörpern. So gewährte der Liberalismus den Zeitgenossen eine zugleich politisch-konkrete wie auch universelle Orientierung. Die Berufung auf ihn gab der eigenen Gegenwart einen Ort im historischen Fortschrittsprozess, sie wies dieser Gegenwart eine positive Entwicklungsrichtung zu, und sie vermittelte eine suggestive Trennlinie zwischen rückschrittlicher Vergangenheit und verheißungsvoller Zukunft. Aus dem Gegensatz zwischen Rückschritt und Fortschritt ließ sich der eigene geschichtliche Standort ableiten. Der Liberalismus, so eine zeitgenössische Auffassung der 1830er-Jahre, schreite »in demselben Maße fort, wie die Zeit selbst, oder ist in dem Maße gehemmt, wie die Vergangenheit noch in die Gegenwart herüber dauert.«

Aber in diesen optimistischen Selbstbeschreibungen gingen die Vielfalt und die Widersprüche des frühen deutschen Liberalismus in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts nicht auf. Zu fragen ist vor diesem Hintergrund nach der »vergangenen Zukunft« (Reinhart Koselleck) derjenigen, die sich programmatisch zum Liberalismus bekannten. Welche besonderen Erfahrungen und Erwartungen prägten sie in ihrer Zeit? Wie verbanden sie verschiedene Orte und Milieus, Rollen und Wirkungsbereiche zwischen Universität, politischer Öffentlichkeit, Publizistik und Parlament miteinander? Wo lagen ihre Wirkungen, wo die Grenzen ihrer Wirksamkeit? Der folgende Beitrag

konzentriert sich in diesem Sinne auf Carl von Rotteck und seinen Kollegen Carl Theodor Welcker (Abb. 1 und 2), beide prägende Figuren des frühen deutschen Liberalismus, weit über ihre unmittelbaren Wirkungsstätten in Süddeutschland, über Heidelberg, Karlsruhe und Freiburg, hinaus. Die »vergangene Zukunft« dieser beiden Repräsentanten des frühen deutschen Liberalismus zu rekonstruieren heißt für Historiker, beide zwar mit unseren eigenen Fragen und Erkenntnisinteressen zu konfrontieren, sie aber zunächst aus ihrer eigenen Zeit heraus zu verstehen und nicht an Maßstäben unserer eigenen Gegenwart zu messen.



Carl von Rotteck

Abb. 1: Carl von Rotteck (1775–1840),
Abbildung aus dem Hambacher Tuch
von 1832



Abb. 2: Carl Theodor Welcker (1790–1869),
Lithografie um 1848 nach einer Zeichnung von
Valentin Schertle

Damit verbindet sich ein weiteres Ziel, nämlich den frühen deutschen Liberalismus jenseits gängiger negativer oder positiver geschichtspolitischer Mythen zu charakterisieren, im deutschen Liberalismus des langen 19. Jahrhunderts also weder a priori die Vorgeschichte des deutschen Katastrophenjahrhunderts und einen Abschnitt des antiwestlichen Sonderweges zu erkennen, noch ihm einen idealisierten, unhinterfragt positiven Ort zuzuordnen, von dem aus sich die Kontinuität der »liberalen Demokratie« aus dem Geist der Aufklärung, des »zivilen Rechtsstaats«, des »unkriegerischen Ideals der Kulturnation« in Deutschland vom Hambacher Fest 1832 über die Frankfurter Nationalversammlung 1848 bis zum Grundgesetz 1949 beweisen ließe.

Liberalismus in Deutschland im frühen 19. Jahrhundert:
Erfahrungen und Erwartungen, Konsens und Konflikt

Was waren die wesentlichen Kennzeichen des deutschen Liberalismus in der Zeit zwischen der deutschen Erfahrung der Französischen Revolution, der napoleonischen Epoche der politischen und territorialen Flurbereinigungen und dem Ende der 1840er-Jahre? Schon ein erster Blick aus einer Vogelschauerspektive zeigt, dass jede Gleichsetzung von Liberalismus, Bürgertum, industrieller Modernisierung und Klassengesellschaft für die Vielfalt von politischen Handlungsspielräumen in Deutschland nicht zutrifft. Das hatte insbesondere für das Großherzogtum Baden als das unmittelbare Wirkungsfeld von Rotteck und Welcker erhebliche Bedeutung.

Die theoretischen Positionen deutscher Liberaler im frühen 19. Jahrhundert verrieten zunächst das Erbe der Aufklärung. So blieb Immanuel Kant ein entscheidender gemeinsamer Bezugspunkt, und die Kantische Vernunftethik eine entscheidende Referenz, aber auch eine eigene Freiheitstradition der »Germanen« wurde immer wieder zitiert. Dazu kam die Erfahrung einer ständischen Gesellschaft. Vor allem aber hatte der frühe Liberalismus nach dem Wiener Kongress und den Karlsbader Beschlüssen von 1819, welche die Verwirklichung eines freiheitlichen deutschen Nationalstaates in weite Ferne rücken ließen, wichtige regionale Bezugspunkte. In den deutschen Einzelstaaten, zumal in den ehemaligen Rheinbundstaaten wie Baden, Württemberg oder Bayern, fand der frühe Liberalismus zunächst entscheidende Foren in den Universitäten, der politisierten Gesellschaft in Vereinen und Assoziationen sowie in den gewählten Kammern der Landtage. So boten die einzelnen Staaten des Deutschen Bundes eine große Vielfalt an politischen Bedingungen und Handlungsspielräumen, die Liberale für sich zu nutzen wussten.

Politisch rekurrerte man nach 1815 auf die Überwindung einer einseitigen monarchischen Herrschaft, auf die Abschaffung adliger und feudaler Relikte, auf Reformen an der Seite eines zumal in seiner Beamtenschaft zunächst fortschrittlichen Staates, auf die Einrichtung von parlamentarischen Repräsentativkörperschaften, auf Grundrechte, im Ganzen aber vor allem auf einen Fortschritt im Namen der Vernunft. Das war auch ein Erbe der Reformstaaten und ihrer politischen Protagonisten, ob Hardenberg in Preußen, Montgelas in Bayern oder Reitzenstein in Baden. Mit alldem suchte man sich auch von den Exzessen der gewaltsamen Französischen Revolution abzugrenzen. Allenfalls deren gemäßigte Entwicklung bis zur konstitutionellen Monarchie 1791 konnte als Orientierung gelten – aber stets mit dem Hinweis auf die Gefahr der Radikalisierung in der »terreur« ab 1792/1793. Die »rote Revolution« – Synonym für enthemmte Gewalt, sozialen Umsturz, radikale Republik

und den Export der Revolution in den Kriegen der Revolution und später Napoleons – blieb für die deutschen Liberalen nach 1815 ein negativer Bezugspunkt, zumal die Kriege im Namen der Prinzipien von 1789 nach 1815 eben nicht als von Frankreich ausgehende Befreiung, sondern im Gegenteil als Unterdrückungs- und Unterwerfungskriege wahrgenommen wurden.

Reformen an der Seite eines fortschrittlich-aufgeklärten Staates, konstitutionelle Monarchie, Verfassung und Parlament sowie die Abwehr einer enthemmten, unkontrollierten Gewalt der Straße kennzeichneten das liberale Credo. Bereits hier zeigte sich eine entscheidende Ambivalenz im Umgang mit der Möglichkeit revolutionärer Gewalt, die weit über 1830 und 1848 hinausreichen sollte: Wie viel Revolution war nötig, um Reformen durchzusetzen? Ließ sich mit entschiedenen Reformen überhaupt die Gefahr einer Revolution umgehen? Wie sollte man sich verhalten, wenn der Staat, die Obrigkeit den Kurs einer fortschrittlichen und vernünftigen Reform ablehnte und sie Institutionen bürgerlicher Politikteilhabe offen bekämpfte?

Im Kontrast zu diesen politischen Positionen blieb das gesellschaftliche Leitbild der Liberalen zumal in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts weitgehend traditional: Es orientierte sich am Ideal einer vom tradierten Hausvater her gedachten, durchaus moralischen Ökonomie. Im Kontrast zu einer modernen Marktgesellschaft mit der Ausdifferenzierung von Produktion und Gewerbe, mit ihrer Ausbildung überregionaler und transnationaler Märkte im Zeichen von Angebot und Nachfrage, wie sie sich in Großbritannien abzuzeichnen begann, blieb der Horizont der meisten deutschen Liberalen vor den 1840er- und 1850er-Jahren primär lokal und vorindustriell – mit wenigen Ausnahmen, etwa im Wirtschaftsbürgertum des Rheinlandes. Das entsprach einer Gesellschaft, in der trotz beginnender Veränderungen – die Bevölkerung wuchs dynamisch und die Institutionen der Ständegesellschaft begannen zurückzutreten – vieles noch auf Beharrung hinwies, insbesondere im deutschen Südwesten mit seinen weiterhin mächtigen Standesherrn und zahlreichen feudalen Relikten.

Dynamisch war diese Gesellschaft, zumal im deutschen Südwesten, aufgrund ihrer Geburtenüberschüsse. Aber dieses Bevölkerungswachstum wurde noch nicht, wie dann seit den 1840er- und 1850er-Jahren, von einer umfassenden gewerblich-industriellen Entwicklung begleitet und aufgefangen. Die Folge waren Massenverelendung und Auswanderung. Der »Pauperismus« als die soziale Frage des Vormärz war das Symptom für eine krisenhafte Übergangsgesellschaft, für deren Probleme der konstitutionelle Liberalismus in seiner Konzentration auf Verfassung, Parlament und die Grenzen eines künftigen deutschen Nationalstaates zunächst keine Antwort fand. Erst allmählich wandelte sich vor diesem Hintergrund der konfliktreichen 1840er-Jahre, die in

der Krise um die schlesischen Weber als Symptom der sozialen Krise ihren exemplarischen Ausdruck fand, die soziale Positionierung der Liberalen. Bis dahin bestimmte die soziale Harmonie, der durch Vernunft und Bildung mögliche Interessenausgleich, ihr gesellschaftliches Leitbild. Aber das traditionale Leitbild einer »klassenlosen Bürgergesellschaft mittlerer Existenzen«, in der Besitz und Bildung die entscheidenden Voraussetzungen für politische Teilhabe darstellten, eine bestimmte Reife und Unabhängigkeit als bürgerliche Tugenden vorausgesetzt wurden, jedoch nicht eine Klassengesellschaft mit scharfen und unversöhnlichen Gegensätzen, blieb auch langfristig eine wichtige Orientierungsgröße.

In der politischen Konkretion setzte der deutsche Frühliberalismus auf den Dualismus, als grundlegendes Prinzip der Gewaltenteilung wie auch in der Beziehung zwischen dem Parlament als Körperschaft der politischen Gesellschaft einerseits und Regierung bzw. dem Monarchen auf der anderen Seite. Den vormärzlichen Landtagen kam nicht allein das Königsrecht der Haushaltsbewilligung zu. Die Liberalen sahen in ihnen auch Institutionen zur Wahrung der Grundrechte. Aber dieser Dualismus wies den Parlamentariern vor allem die Kontrolle der Verwaltung und die Kritik an der Regierung zu, also die Position des oppositionellen Gegenübers. Das war etwas anderes als die Vorstellung eines echten parlamentarischen Systems, wie es sich in Großbritannien zu entwickeln begann, wo die Opposition stets die Regierung im Wartestand sein musste. Der Dualismus des frühen deutschen Liberalismus kannte also den entscheidenden Mechanismus einer parlamentarischen Monarchie nicht, eine Regierung über eine parlamentarische Mehrheit zu stürzen.

Dies war weder für Rotteck und Welcker noch für die meisten zeitgenössischen Liberalen in Deutschland vor den 1840er-Jahren Teil ihrer politischen Agenda. Der deutsche Frühliberalismus fand sich letztlich auch damit ab, die einzelstaatlichen Verfassungen nach 1815, so wie in den ehemaligen Rheinbundstaaten Baden, Württemberg und Bayern, aus den Händen von Monarchen und nicht als Ergebnis von Revolutionen erhalten zu haben. Diese Konstellation und die andauernde Furcht vor einer gewaltsamen sozialen Revolution wie in Frankreich erklärte eine eigentümliche Ambivalenz aus Distanz gegenüber dem Staat und Nähe zum Staat. Liberale gingen gerade nicht von einer unüberwindbaren Entgegensetzung zwischen dynamischer Gesellschaft und statischem Staat aus, sondern sie setzten auf die mögliche Balance, auf Ausgleich, Kooperation, auf die »friedliche Koexistenz«, wie Paul Achatius Pfizer dies in seinem Liberalismus-Artikel für das von Rotteck und Welcker begründete *Staatslexikon* formulierte.

Schließlich erlebte der Liberalismus als konkrete politische Praxis nach 1820 einen Aufschwung außerhalb der Landtage, in den zahllosen Assoziationen,

den Museums- und Lesevereinen, den Casinos, den Polen- und Griechenvereinen. Gerade in diesem Vereinswesen und den persönlichen Netzwerken kam es zu einer Politisierung im Zeichen bürgerlicher Geselligkeit, zu einer verdichteten politischen Kommunikation, die für die Phase nach 1815 sehr kennzeichnend war. Indem man sich für die jungen staatslosen Nationen der Griechen, Polen und Italiener in ihrem Freiheitskampf gegen das Osmanische Reich, das Zarenreich oder die Habsburgermonarchie einsetzte, die man als Völkergefängnisse wahrnahm, formulierte man zugleich die unerfüllten nationalen Hoffnungen der Deutschen. All das verstärkte eine politische Sensibilisierung unterhalb und außerhalb der Parlamente.

Der besondere Ansehenserfolg der Liberalen in den 1820er- und 1830er-Jahren hatte also auch zu tun mit einer Leserevolution bürgerlicher Schichten und einer darauf hin orientierten Sozialisation: Liberale teilten eine bestimmte, durch Besitz und Bildung bestimmte Lebensführung, einen Denkstil, einen Habitus – eine enge, bloß parteipolitische Bestimmung des Liberalismus konnte diese Gesinnung, die stets mehr sein wollte als eine Partei unter anderen, nicht erfassen. Das erklärt auch, warum die neuen zeitgenössischen Begriffe ›Partei‹ und ›Fraktion‹ lange kritisch bewertet wurden, standen sie gegenüber dem Ideal einer vernünftigen Balance zwischen Staat und Bürgergesellschaft doch im Verdacht, den Interessenantagonismus, den ideologischen Konflikt zum Programm zu erheben, wo es den Liberalen darum gehen sollte, alle Kräfte in Staat und Gesellschaft auf einen evolutionären vernünftigen Fortschritt zu lenken. Wer nur vernünftig denke oder durch allmähliche Bildung dazu gelange, der könne – so ein zeitgenössisches Diktum – gar nicht anders, als ein Liberaler zu werden.

Carl von Rotteck und Carl Theodor Welcker:
Opposition, Konstitution und Kooperation

Carl von Rotteck war in vieler Hinsicht ein exemplarischer Vertreter dieses frühen Liberalismus in Deutschland. In seiner Person bündelten sich zentrale Merkmale, welche die Veränderung der politischen Landschaft und der Politik selbst anzeigten. Aber auch die besonderen Ambivalenzen und Widersprüche der Liberalen zwischen dem Wiener Kongress und den 1840er-Jahren wurden in seiner Biografie exemplarisch erkennbar. Zu diesen Merkmalen zählte zunächst der besondere regionalstaatliche und lokale Horizont der Politik. Rotteck stammte aus Freiburg. Das Großherzogtum Baden war auch nach 1815 noch immer ein Kunststaat, der seine Existenz der Neuordnung der südwestdeutschen Landkarte nach dem Ende des Alten Reiches 1806, der

Säkularisation von Kirchenbesitz und den napoleonischen Plänen in Deutschland, zumal der Rheinbundpolitik, verdankte. Ein Staat, der eindrucksvoll Thomas Nipperdeys Satz »Am Anfang war Napoleon« unterstrich, mit dem er seine deutsche Geschichte des 19. Jahrhunderts einleitete. Nach 1815 bildeten Verfassung und Landtag entscheidende Instrumente für Monarchen und Regierungen, um dieses neue Gebilde mit seinen unterschiedlichen Territorien wirksam zu integrieren und zugleich den öffentlichen Kredit wiederherzustellen, mit dem man der chronischen Finanzkrise des Staates zu begegnen suchte. Ohne parlamentarische Repräsentation konnte es keine Besteuerung oder eine belastbare öffentliche Schuldenpolitik geben.

Auch aus Rottecks eigener Biografie ergaben sich wichtige Merkmale des frühen Liberalismus: Sein Vater war ein von Joseph II. nobilitierter Freiburger Arzt, der später Direktor des Freiburger Medizinischen Instituts wurde. Die Familie seiner Mutter mit ihren zahlreichen bildungsbürgerlichen Repräsentanten – Kleriker und Anwälte zumal – stammte aus dem Lothringischen. Rottecks besitz- und bildungsbürgerlicher familiärer Hintergrund verband also die Traditionen der josephinischen und der französischen Aufklärung miteinander. Beide Elemente sollten bei ihm weiterwirken. Fünfzehnjährig begann er in Freiburg ein Studium der Rechte, das er 1797 als 22-Jähriger abschloss. Über väterliche Patronage erlangte er als eigentlich Fachfremder eine Professur für ›Allgemeine Weltgeschichte‹ in Freiburg. Seine Begegnung mit dem Freiburger Verleger Herder ermutigte ihn, sich mit einer historischen Arbeit an ein größeres Publikum zu wenden. Rottecks *Allgemeine Geschichte*, in neun Bänden zwischen 1812 und 1827 erschienen, machte ihn sehr bald zu einem der publizistisch erfolgreichsten Historiker seiner Zeit, zu einer »zeitgeschichtlichen Macht« (Ritter von Srbik). Mit über 100.000 verkauften Exemplaren bis zu seinem Tod war Rottecks *Allgemeine Geschichte* – im Wesentlichen aus zweiter Hand gearbeitet und keine herausragende wissenschaftliche Leistung – eine der einflussreichsten Geschichtsdarstellungen des 19. Jahrhunderts, eine Referenzgröße bildungsbürgerlicher und liberaler Selbstvergewisserung (Abb. 3). Vor allem handelte es sich bei seiner *Weltgeschichte* um eine Historiografie in pädagogischer Absicht: Denn Rotteck stellte die Weltgeschichte als kontinuierliche Abfolge und Entfaltung immer größerer Freiheit bis hin zur eigenen Gegenwart dar. Das war politisierte Geschichtsvermittlung, denn die Leser konnten ihre eigene Gegenwart an den Kriterien eines Fortschritts der Freiheit messen, dessen historische Grundlagen Rotteck ihnen darlegte. 1818 übernahm Rotteck an der juristischen Fakultät eine rechtswissenschaftliche Professur und wurde als Vertreter der Universität Freiburg in die Erste Kammer des Landtags nach Karlsruhe entsandt (Abb. 4). Hier wurde er in den kommenden Jahren zum Exponenten eines explizit politischen Professorentums, in

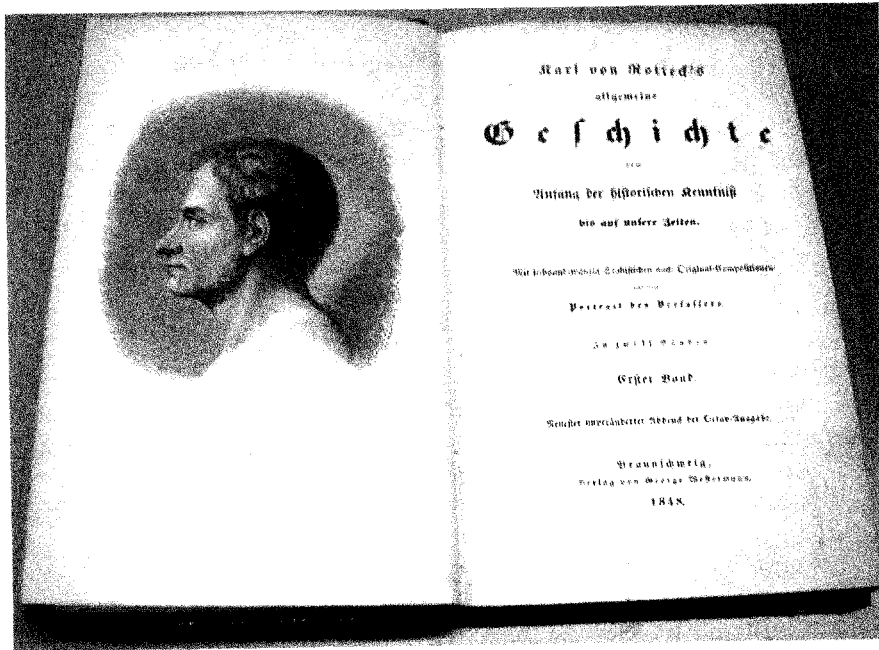


Abb. 3: Carl von Rottecks Allgemeine Geschichte, Titelseite der Ausgabe Braunschweig 1848

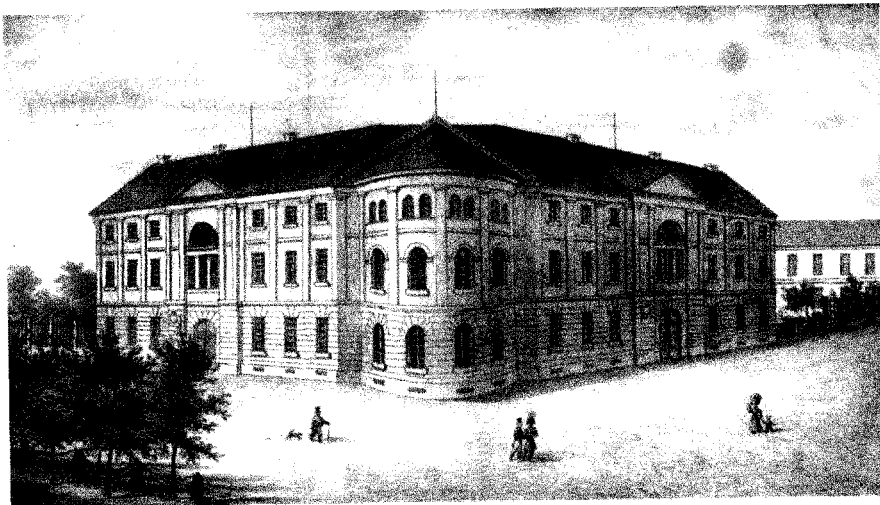


Abb. 4: Das Ständehaus in Karlsruhe als Sitz des Landtags, Lithografie von C. F. Müller

dem sich publizistische und parlamentarische Tätigkeit überschneiden. Von der Vorzensur waren allein Parlamentsprotokolle und Werke über 20 Druckbogen Umfang ausgenommen. Das erklärte auch Rottecks und Welckers Interesse an umfangreicheren Werken, sei es Rottecks *Weltgeschichte*, das zweibändige *Lehrbuch des Vernunftrechts und der Staatswissenschaften* oder das vielbändige, seit den 1830er-Jahren mit Welcker herausgegebene *Staats-Lexikon*.

Auch Carl Theodor Welcker durchlief zunächst eine klassische bildungsbürgerliche Karriere: 15 Jahre jünger als Rotteck, geboren im März 1790 im oberhessischen Oberfleiden als Sohn eines lutherischen Geistlichen, wurde er nach dem Studium der Rechtswissenschaften in Gießen und Heidelberg zunächst ab 1814 Professor in Kiel, wo er zusammen mit Friedrich Christoph Dahlmann die politisch einflussreichen *Kieler Blätter* herausgab, dann ab 1819 in Heidelberg und Bonn, bevor er von 1822 bis 1832 in Freiburg als ordentlicher Professor wirkte – trotz behördlicher Überwachung im Rahmen der Karlsbader Beschlüsse, die bis 1824 dauern sollte. Sehr bewusst hatte Welcker die antinapoleonischen Kriege erlebt. Schon im Mai 1809 war er als Student an der von den Behörden verbotenen Neugründung der studentischen Burschenschaft Franconia beteiligt gewesen. 1814 nahm er mit weiteren Gießener Studenten in einem Jägerbataillon an den Kämpfen gegen die napoleonischen Truppen teil. Und in seiner ersten wichtigen politischen Rede, die er als 24-Jähriger zu »Deutschlands Freiheit« anlässlich des Ersten Pariser Friedens im Mai 1814 hielt, formulierte er das Thema, das ihn fortan begleiten sollte, nämlich den Zusammenhang zwischen dem Kampf um Freiheit und der engeren staatlichen Organisation Deutschlands. 1814 trat er für die Wiederherstellung eines deutschen Kaisertums im Zeichen einer Besinnung auf christliche und germanische Ursprünge der deutschen Nation ein und forderte die Beteiligung des Volkes am bevorstehenden Wiener Kongress. Vor allem in der scharfen Abgrenzung gegen jeden ausländischen, zumal jeden französischen Einfluss wurde die besondere Spannung der Kriege seit 1813 in ihrer Bedeutung als antinapoleonische Befreiungskriege und als Freiheitskampf mit dem Ziel eines freiheitlich verfassten deutschen Nationalstaates erkennbar. Diese frühe Politisierung prägte fortan auch Welckers Bekenntnis zum entschiedenen badischen Liberalismus: zwar beeinflusst durch die Auseinandersetzung mit Frankreich, aber nicht als prorepublikanische Orientierung, sondern in der charakteristischen Verbindung von Freiheitswillen und Einheitssehnsucht.

Zugleich wurde bei Welcker der Wille zur konkreten Gestaltung erkennbar. Politik sollte keine akademische Übung sein. Im Spätherbst 1818 bekannte er einem Freund: »Du glaubst gar nicht, wie mich dieser politische Tod, diese Philistergesinnung, dieses politische Asthma drückt! [...] ich fühle [...], dass

ich nicht ganz in meinem Elemente bin und sehne mich oft nach praktischer Tätigkeit für Stände und Verfassung.« So verband er wissenschaftliches Lehramt und politisches Mandat, nicht als unpolitischer Professor, sondern im Gegenteil in dem Bewusstsein, als Motor für eine Politisierung und publizistische Multiplizierung zu wirken. Ohne diese eminent politische Sozialisierung ließe sich das überkommene Bild der Frankfurter Nationalversammlung von 1848/49 als unpolitisches Professorenparlament nicht überzeugend revidieren.

Dieses Muster zeigte sich auch bei Rotteck. In der Ersten Badischen Kammer gingen von seinen zahllosen Anträgen und Petitionen auf Abschaffung feudaler Relikte und adliger Privilegien wichtige Impulse aus, die seine öffentliche Wirkung, seine wachsende Reputation als badischer *Völkermann*, prägten. Seine Empfänge in Freiburg nach dem Ende der Landtagsperioden glichen öffentlichen Demonstrationen. Sie unterstrichen vor allem, wie aus der Mischung aus parlamentarischer Öffentlichkeit und publizistischer Tätigkeit eine eigene dynamische Politisierung entstand, die in den Einzelstaaten ihre eigenen politischen Helden hervorbrachten, seien es Welcker und Rotteck in Baden, Ludwig Uhland und Paul Pfizer in Württemberg oder später Heinrich von Gagern im Großherzogtum Hessen. Diese Entwicklung widerlegt auch das Bild einer erzwungenen Ruhe, eines privaten Exils, einer nach innen gerichteten Biedermeierkultur und eines im Ganzen unpolitischen Bürgertums vor 1848/49.

Rottecks politische Konzeption war durchaus synkretistisch. Er setzte zunächst ganz im Sinne Rousseaus auf den Primat des Gesamtwillens, der »volonté générale«, vor allen anderen Institutionen. Den Staat erklärte er im Sinne Kants als vertragliches Konstrukt. Entscheidend blieb die klassisch republikanische Auffassung, dass die »res publica« die Summe aller Bürger und ihres politischen Verstandes sei. Dieses Verständnis von Republik, das Rotteck von Kant übernahm, war unabhängig von einer bestimmten Staatsform. Auch in einer konstitutionellen Monarchie war ein solches Grundverständnis von Politik möglich. Aber anders als in antiken Stadtstaaten, den »poleis«, war diese Vorstellung in zeitgenössischen Flächenstaaten viel schwieriger umzusetzen. Hier setzte für Rotteck der Dualismus als Grundprinzip politischer Organisation an: Im Sinne des Rousseauschen Gesamtwillens sei die ideale Staatsgewalt unteilbar, aber in den Staaten seiner Gegenwart unterschied Rotteck die künstlichen Organe von Monarchie und Regierung vom natürlichen Organ der Volksversammlung. Parlamente entsprachen im Gegensatz zu den städtischen Bürgerversammlungen der antiken »poleis« der Notwendigkeit, politische Macht zu delegieren. Im Blick auf die Ausgestaltung des Parlaments orientierte sich Rotteck eng an Rousseaus Vorbild: Das Parlament konnte nur ein gleichsam technisches Forum bieten, in dem der Gesamtwille zum

Tragen kam, das ihn aber keinesfalls erzeugte. Das prägte auch seine streng an Rousseau orientierte Sicht des Abgeordneten: »Der natürliche oder wahre Repräsentant muß die Gesinnung oder den Willen der Repräsentierten ausdrücken.« Die indirekte Wahl über Wahlmänner und die Teilung in eine Erste (ständische) und eine Zweite Kammer der gewählten Abgeordneten lehnte er dagegen ab.

Aufschlussreich für Rotteck, Welcker und den ganzen frühen Liberalismus in Deutschland war schließlich die Frage des Wahlrechts. Hier sprach er sich für eine Begrenzung des passiven Wahlrechts nach dem Kriterium von Grundbesitz, Vermögen und einem Ausweis bürgerlicher Reife aus: »Die Nation [...] mag billig eine Bürgerschaft dafür verlangen, dass Diejenigen, welche in ihrem großen Rathe sitzen, dem Gesamtinteresse treu und persönlich ergeben seien.« Auch beim aktiven Wahlrecht befürwortete er eine Einschränkung, um die Bürgergesellschaft gegen die Gefahren der Verführung und Bestechung abzusichern – die eigentumslosen unteren Klassen, den »Pöbel«, konnte er sich als Aktivwähler nicht vorstellen.

Die gleiche Tendenz einer Beschränkung der Teilhaberechte, die seine Haltung gegenüber den unterbürgerlichen Schichten auszeichnete, charakterisierte auch Rottecks Antwort auf die zeitgenössische Debatte um die Emanzipation der Juden. Um 1830 genossen die Juden in Baden zwar Gewerbefreiheit, steuerliche Gleichbehandlung und die prinzipielle Anerkennung ihrer Konfession. Aber sie hatten keine vollen Rechte als Orts- und Staatsbürger, waren also vom Wahlrecht, den Gemeindeversammlungen und staatlichen Ämtern ausgeschlossen. In den sogenannten »Judendebatten« des Landtags 1831 und 1833 betonte Rotteck das »antisoziale Wesen« der jüdischen »Nation«. Seine Judengegnerschaft stand dabei für eine bestimmte Tradition der Aufklärung, die man im Rückblick auf das frühe 19. Jahrhundert nicht unterschätzen darf: Sie wandte sich gegen jede Form religiöser Orthodoxie, wie Rotteck und andere liberale Zeitgenossen sie zumal in den sogenannten »Talmud-Juden« und ihrer angeblich »toten« Gesetzesreligion erkannten. Die konsequente Judenemanzipation war für Rotteck ein »minder wichtiger Gegenstand«, bei dem man pragmatisch entscheiden müsse. Entscheidend blieb seine Vorstellung, die auch die Haltung vieler Liberaler gegenüber dem »Pöbel« prägte, nämlich das Ideal, durch Bildung und vernünftigen Fortschritt allmählich in die Staatsbürgergesellschaft hineinzuwachsen:

»So lange die Juden nicht einigermaßen diesem Prinzip [i. e. der Abschottung gegenüber anderen Völkern, J. L.], das nach dem heutigen Stande der Cultur und der fortgeschrittenen Vernunft und der besser ausgebildeten Humanität nicht paßt, und eine Feindseligkeit gegen die andern Völker in sich trägt, entsagen, und nicht beweisen, daß sie ihm entsagt haben, so sind sie nicht für die Emanzipation reif.«

Rotteck stand mit dieser Vorstellung, dass sich vor der Gewährung staatsbürgerlicher Rechte zuerst durch Vernunft und evolutionären Fortschritt ein einheitlicher Menschentypus herausbilden müsse, nicht allein. Ähnliche Positionen lassen sich bei Herder, Hegel und Humboldt finden – von den aggressiven antijüdischen Positionen bei Fichte oder Jakob Friedrich Fries ganz zu schweigen. Rotteck folgte auch in dieser Argumentation Kant; dieser hatte gefordert, die Juden müssten sich von ihrer Religion und Kultur abkehren, um zu einem Volk zu werden, das »aller Rechte des bürgerlichen Zustandes« fähig sei.

Der in den 1830er-Jahren unscharfe Begriff der »Emanzipation« bedeutete für die Liberalen durchaus Unterschiedliches. Dieses Beispiel verdeutlichte, dass und wie Rotteck und Welcker durchaus als Gegenspieler auftreten konnten: Die große Mehrheit der Liberalen und mit ihnen Rotteck forderte zunächst die kulturelle und wirtschaftliche Assimilation als Voraussetzung für die volle staatsbürgerliche Gleichstellung und das Wahlrecht. Das bedeutete in der Praxis die Zusicherung staatsbürgerlicher Garantien ohne konkrete politische Rechte. Eine Minderheit und mit ihr Welcker argumentierten dagegen für eine sofortige rechtliche Gleichstellung mit allen politischen Konsequenzen. Auch Johann Georg Duttlinger oder Karl Steinacker schlossen sich dem an. Steinacker forderte in seinem Artikel über Emanzipation im *Staatslexikon* die Gewährung von vollständiger Rechtsgleichheit, damit sich die Juden emanzipieren konnten. Von dieser Position distanzierte sich Rotteck in einem eigenen Nachsatz. Hier wurde bei ihm wie bei vielen zeitgenössischen Liberalen eine Grenze des aufgeklärten Toleranzgebots erkennbar. Sie war begründet durch eine Rationalitätsvorstellung, nach der kulturelle und religiöse Eigenarten bloße Relikte der Vergangenheit darstellten, die es im Zivilisationsprozess und auf dem Weg der Nationsbildung zu überwinden gelte.

Rottecks und Welckers Konzentration auf den Landtag als politisches Forum stand für eine bestimmte Orientierung des frühen Liberalismus in Deutschland an parlamentarischen Körperschaften und Konstitutionen als Praxis und Rahmen der Politik. Nach 1815 wurden die vorhandenen Landtage aus staatlichen Integrationsinstrumenten, als die sie im Sinne einer verlängerten Staatsgewalt zunächst fungieren sollten, zu einem Forum der Auseinandersetzung zwischen Regierung und Volksvertretung. Die Publizität der Parlamentsprotokolle, die nicht der Zensur unterworfen waren, trug maßgeblich dazu bei, dass politische Akteure wie Rotteck und Welcker zu eminent öffentlichen Figuren werden konnten.

Diese Konstellation war schon vor 1830 erkennbar und beschleunigte sich nach der Erfahrung der Julirevolution in Paris. Von ihr ging eine Welle regionaler und lokaler Revolten und Widerstandsbewegungen in verschiedenen deutschen Staaten aus. Das reichte vom Frankfurter Wachensturm und

Georg Büchners Versuch, mit Hilfe seiner sozialrevolutionären politischen Predigt des *Hessischen Landboten* in Oberhessen eine Bauernrevolution zu entfachen, bis zum Hambacher Fest im Mai 1832. Damit veränderten sich nicht nur Handlungsbedingungen, sondern auch inneroppositionelle Konfliktlinien entscheidend. Auch für Rotteck und Welcker wurde das Jahr 1830 daher zu einer biografischen Wasserscheide. In Baden suchte zunächst eine durchaus reformorientierte und in Teilen auch liberale Verwaltung den Ausgleich mit den beiden Kammern des Landtages. Rotteck und Welcker erlebten vor diesem Hintergrund 1830/31 einen Höhepunkt ihrer öffentlichen Wirkung. Im Klima einer kurzfristigen innenpolitischen Liberalisierung wurden Rotteck Landtagskandidaturen 1831 gleich mehrfach angetragen.

Welckers eigene politische Publizistik entfaltete eine enorme öffentliche Wirkung. Das galt vor allem für seine Petition an die Deutsche Bundesversammlung über Pressefreiheit vom November 1830: Hier erschien die bürgerliche Leserevolution und die Teilhabe durch die Presse als Förderung des nationalen Bewusstseins, ja die freie Presse war für Welcker »gleichsam ein Nationalparlament«. Schließlich trug zur Bekanntheit der politischen Professoren ihre Oppositionshaltung in Baden bei. Bei Welcker kam noch stärker als bei Rotteck die besondere Verknüpfung von politisch-konstitutionellen Freiheitsforderungen und nationalpolitischen Fortschritten hinzu. Das nahm Grundfragen der Revolution von 1848/49 vorweg, vor allem die nach den territorialen Grenzen und der staatsrechtlichen Struktur eines künftigen deutschen Nationalstaates.

1831 kandidierte Welcker sofort für ein Mandat in der badischen Zweiten Kammer, der er bis 1851 angehören sollte, und verstärkte sein politisches Engagement. Aber sein Wirken in Karlsruhe konfrontierte ihn auch mit den Grenzen des Wirkungsradius eines Landtagsabgeordneten. 1839 beklagte er sein »unglückseliges Wirtshausleben« in Karlsruhe. Schon Anfang 1836 äußerte er sich skeptisch über die begrenzten Möglichkeiten des eigenen politischen Wirkens. Die Sehnsucht nach einem größerem Wirkungskreis war hier bereits überdeutlich: »Mir kommts traurig vor, dass man so alt wird und hat noch nichts gethan was eine aechte Freude wäre. Ich wollte wohl meine Kräfte wachsen und sich verdoppeln sehen, wäre ich im rechten Drang großer Kämpfe und Verhältnisse. So in der kleinen Lage bleibt man so klein [...]«. Dies war zugleich auch Ausdruck der Enttäuschung über die stockende nationalpolitische Entwicklung innerhalb des Deutschen Bundes.

1832 mussten Rotteck wie Welcker zugleich erfahren, wie eng der Handlungsspielraum einer einzelstaatlichen Regierung im Deutschen Bund war, als Österreich als Bundesmacht Druck auf Baden ausübte, um die zunächst eingeleitete liberale Pressepolitik zu verschärfen. Der von Rotteck und Wel-

cker herausgegebene, im März 1832 gegründete *Freisinnige* wurde nach kaum fünf Monaten durch den Bundestag verboten. Im Herbst 1832 wurde die Universität in Freiburg als vermeintliches Zentrum der Oppositionszirkel geschlossen und Rotteck selbst zusammen mit Welcker die Lehrbefugnis entzogen. Dieser radikale Umschwung entzog beiden das Katheder als politische Wirkungsstätte. Auf die demonstrative Wahl Rottecks zum Freiburger Bürgermeister 1833 reagierte das Karlsruher Ministerium schließlich, indem es die Berufung in das Amt ablehnte. Einer zweimonatigen Haftstrafe entging Welcker durch eine Berufungsverhandlung, die schließlich mit einem Freispruch endete. Doch verstärkte die repressive Politik gegen beide politischen Professoren ihre Popularität. Dazu trug im Falle Welckers die Öffentlichkeit der Verfahren und die 1831/32 insgesamt gesteigerte öffentliche und mediale Aufmerksamkeit bei.

Aber auch aus einer weiteren Perspektive markierte die Phase von 1830/32 eine entscheidende Zäsur für den frühen Liberalismus in Deutschland. Die deutschen Oppositionsbewegungen von 1830/32 gingen über die Grenzen einer »Liberalität bei der Regierung«, eines bürokratischen Liberalismus nach 1815 und des parlamentarisch-konstitutionellen Liberalismus der 1820er-Jahre hinaus. Nicht allein die Kammern galten vielen als Plattform der Auseinandersetzung, sondern vor allem Presse, Vereinswesen und die öffentliche Versammlung und Demonstration. Sozial griff diese außerparlamentarische Oppositionsbewegung deutlich weiter aus. Sie umfasste eben nicht mehr nur Bildungs- und Besitzbürgertum, sondern auch Handwerker, Gesellen, Gastwirte und andere Teile des Kleinbürgertums, die sich mit den evolutionären und konstitutionellen Positionen des Kammerliberalismus, wie ihn zumal Rotteck symbolisierte, nicht mehr zufriedengaben. So geriet die angebliche Kompromisshaltung und Staatsnähe vieler liberaler Landtagsabgeordneter nun verstärkt in die Kritik.

Hier deutete sich eine entscheidende neue Konfliktlinie an: Auf der einen Seite hielten Rotteck und Welcker daran fest, dass allein die Landtage das entscheidende Forum der Veränderung, der kritischen Kontrolle von Regierung und Verwaltung seien und dass im Liberalismus als Ausdruck von Vernunftidee und gemäßigt-evolutionärem Fortschritt die ganze Gesellschaft repräsentiert sei. Der parlamentarische Liberalismus sollte als sozial-integrative Bewegung wirken. Aus dieser Perspektive wandte sich Rotteck auch vehement gegen die Bildung antagonistischer Parteien und Fraktionen:

»Wir wollen gar nichts anderes als die freie, durch keinen ungebührlichen Einfluß gestörte Ausübung der allen Bürgern und Einwohnern zustehenden Wahlrechte und Pflichten. Wir sind also keine Partei, sondern vielmehr die Bürgerschaft und Einwoh-

nerschaft selbst, wenigstens ihre getreueste und vollständigste Repräsentation [...]. Wer gegen unser Beginnen sich erhebt, der bildet eine Partei, denn er setzt dem allgemeinen Recht eine besondere Anmaßung entgegen.«

Auf der anderen Seite aber bildeten sich 1830/32 gerade außerhalb der Landtage neue Oppositionsformen heraus und differenzierten sich neue politische Agenden. So markierte das Jahr 1830 eine zweifache Veränderung: Der Anspruch des Liberalismus, als klassenübergreifende Bewegung für alle Teile der Gesellschaft zu sprechen, wurde nun zum ersten Mal offensiv in Frage gestellt. In den Landtagen formierten sich deutlich unterscheidbare politische Fraktionen – nicht zuletzt, weil nun auch die Regierungen eigene Kandidaten in die Wahlen schickten und solche der Opposition zu behindern suchten. Dazu kam zweitens die Profilierung einer Opposition links vom Liberalismus, der von den Zeitgenossen Rottecks und Welckers zunächst noch als fehlgeleiteter, unvernünftiger, französisch inspirierter, eben »falscher Liberalismus« (Wilhelm Traugott Krug) charakterisiert wurde, dann aber als eigenständige gefährliche Bewegung, als »Radicalismus« bezeichnet und mit einer stärker demokratischen, sozialrevolutionären und republikanischen Programmatik identifiziert wurde. Die Entscheidung Rottecks und Welckers, ein umfangreiches politisches Lexikon herauszugeben, war angesichts dieser Entwicklungen auch ein Versuch, die Position des konstitutionellen Liberalismus zu festigen.

Am Beispiel Rottecks und Welckers lässt sich diese Spaltung der Opposition als exemplarischer Generationskonflikt erkennen: Zu Rottecks jüngeren Studenten in Freiburg hatten auch Jacob Siebenpfeiffer und Johann August Wirth gehört, die 1832 zu den Hauptorganisatoren des Hambacher Fests zählten. Hier ging es um deutlich andere Ziele als in den Karlsruher Landtagsdebatten: demokratische Teilhaberechte, eine stärker sozial konturierte Zielsetzung und die Bereitschaft zur aktiven Auseinandersetzung mit den bestehenden Obrigkeiten auch außerhalb der Parlamente. Für viele Vertreter des parlamentarischen Liberalismus schien dies wie die Ankündigung einer radikalen, republikanischen und sozial-revolutionären Gefährdung des bislang Erreichten. Daher kann es auch nicht überraschen, dass sich Rotteck und Welcker von der öffentlichen Demonstration in Hambach distanzieren. Im *Staatslexikon* hieß es zum Hambacher Fest denn auch kritisch: »Viele Reden wurden gehalten – die meisten ohne einigen Werth, alle ohne praktische Bedeutung. Es waren meistens allgemeine Phrasen gegen Unterdrückung durch die Fürsten, nicht ein Vorschlag, was dagegen zu tun sei.« Nur wenige Wochen nach dem Hambacher Fest schränkte der Deutsche Bundestag nach den Erfahrungen der regionalen Unruhen und der Massen-

resonanz des Hambacher Fests die Befugnisse der einzelstaatlichen Landtage ein und zwang sie, die Presse-, Vereins- und Versammlungsfreiheit massiv einzuschränken. Rottecks und Welckers Reaktion auf die Erfahrungen von 1830/32, die behördliche Repression, die erzwungene politische ›Exilierung‹, aber auch die inneroppositionelle Differenzierung war symptomatisch: Sie widmeten sich nun intensiv der Herausgabe des *Staatslexikons* (Abb. 5), dessen erste Auflage ab 1835 erschien und das schon bald zum wohl wichtigsten Referenzorgan des vormärzlichen Liberalismus wurde. Politischer Widerstand durch publizistisches Wirken – das war auch eine Konsequenz der bürgerlichen Lese- und Kommunikationsrevolution seit dem Ende des 18. Jahrhunderts, und es blieb ein entscheidendes Kennzeichen des deutschen Liberalismus, von den Göttinger Sieben bis in die Frankfurter Nationalversammlung. Mit dem Diktum des unpolitischen Professorenparlaments erfasst man diese besondere Form der Politisierung nicht.

Die geradezu kanonische Verbreitung des *Staatslexikons* im zeitgenössischen Bürgertum machte es zu einem regelrechten Haus- und Vorlesebuch. Aber das Ziel, zur programmatischen Kohärenz des deutschen Liberalismus vor 1848 beizutragen, stand im Gegensatz zur Dynamik der politischen Differenzierung. Schon vor 1848 wurde es zunehmend schwierig, einen einheitlichen Liberalismus-Begriff zu kommunizieren. Andererseits verstärkten die Publikation des *Staatslexikons*, die Redaktion der Beiträge und die internen Abstimmungen eine andere wichtige Entwicklung, die über Rottecks Tod 1840 hinauswies, nämlich die Entstehung überregionaler Zusammenhänge zwischen den Liberalen in verschiedenen deutschen Bundesstaaten, sei es in sozialen Netzwerken wie dem ›Hallgarten-Kreis‹, auf nationalen Bühnen wie den Germanistentagen oder eben in einem großen überregionalen, ja nationalen Publikationsunternehmen wie dem *Staatslexikon*, das im Gegensatz zu Flugblättern und kleinen Schriften auch von jeder Zensur befreit war.

Welckers weiteres politisches Wirken seit den 1840er-Jahren ging auf seine frühen Versuche zurück, liberal gedachte Freiheit und nationale Einheit zusammenzuführen. Auch Welckers Motion vom 16. Oktober 1831 hatte in diesem Kontext gestanden. Schon ihr Titel war Programm: »Die Vervollkommnung der organischen Entwicklung des deutschen Bundes zur bestmöglichen Förderung deutscher Nationaleinheit und staatsbürgerlicher Freiheit«. Hier trat Welcker für einen bundesstaatlich organisierten deutschen Nationalstaat mit stark föderalistischen Elementen ein, durch welche auch die einzelstaatliche Souveränität gewahrt werden sollte. Aber dieser Weg sollte nicht revolutionär, sondern wenn möglich durch Kooperation mit einem reformorientierten Staat möglich gemacht werden.

Das
Staats-Lexikon.

—
Encyclopädie

der sämtlichen Staatswissenschaften

für

alle Stände.

In Verbindung mit vielen der angesehensten Publicisten Deutschlands

herausgegeben

von

Carl von Rotteck und Carl Welcker.

Neue durchaus verbesserte und vermehrte Auflage.

Achter Band.

C 222637

Altona,
Verlag von Johann Friedrich Hammerich.
1847.

Abb. 5: Titelseite des Staatslexikons, Bd. 8, hg. von Carl von Rotteck und Carl Welcker, Altona 1847

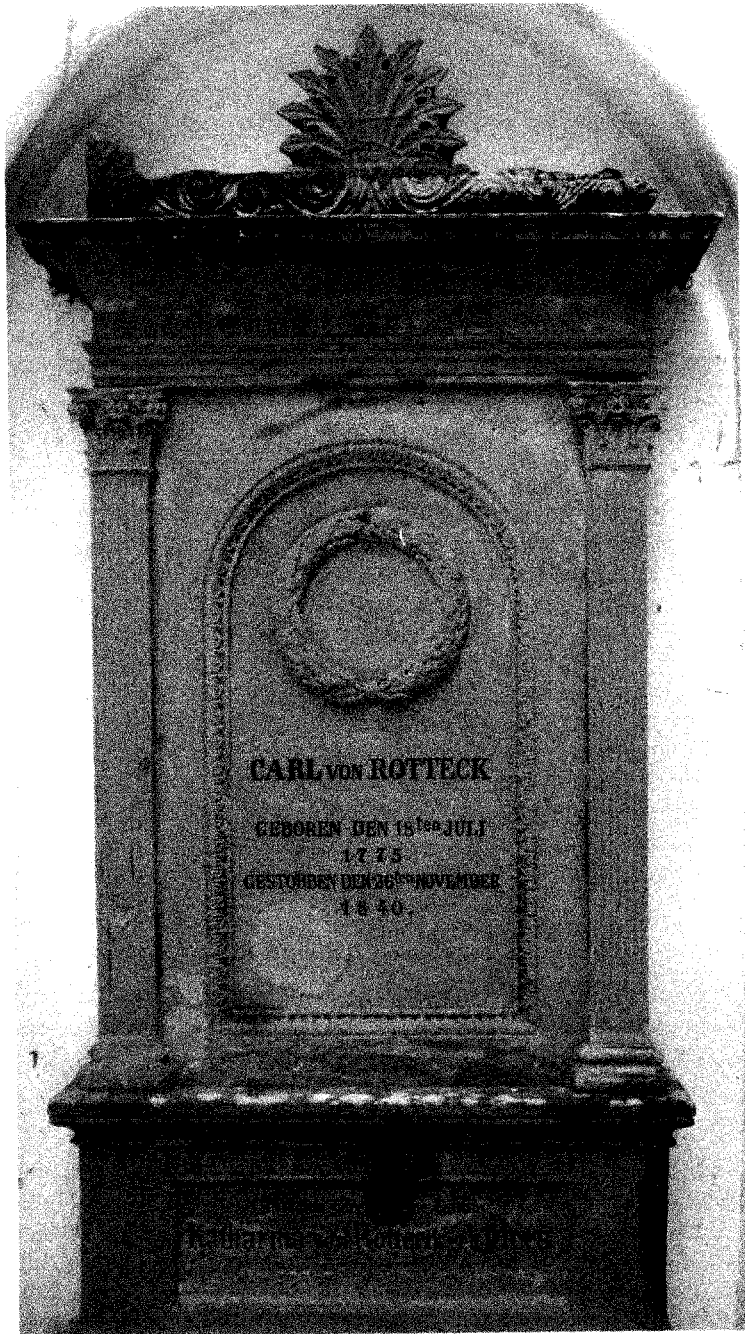


Abb. 6: Grabstätte Carl von Rottecks auf dem Alten Friedhof in Freiburg

Es war vor diesem Hintergrund kein Zufall, dass Welcker im Frühjahr 1848 sehr schnell ins Zentrum des politischen Geschehens trat. Zeichen für seine große Popularität war, dass er am 14. März 1848 mit dem wichtigen Posten eines badischen Bundestagsgesandten in Frankfurt betraut wurde. In den Verfassungsausschuss der Frankfurter Nationalversammlung wurde er mit der höchsten Stimmenmehrheit gewählt. Hier setzte er sich zunächst für eine großdeutsche Lösung unter Einbeziehung der deutschsprachigen Teile der Habsburgermonarchie ein. Aber er entwickelte zugleich ein sehr realpolitisches Bewusstsein für die eventuell notwendige Lösung mit einem preußischen Erbkaisertum, für die er sich in seinem berühmten Antrag vom 12. März 1849 schließlich einsetzte: »lieber das Halbe als nichts«, wie er diesen Positionswechsel rückblickend beschrieb. Hier zeigte sich vor allem die große Enttäuschung Welckers über das Verhalten der Regierung in Wien.

Doch auch über das Ende der Revolution 1849 hinaus blieb seine Angst vor einer Mediatisierung der süddeutschen Staaten durch ein übermächtiges Preußen im Deutschen Bund spürbar. 1859 einer der Mitbegründer des Deutschen Nationalvereins, hoffte er lange Zeit auf eine konstitutionelle und föderative Reform der Habsburgermonarchie. Diese Hoffnungen wurden durch das Schicksalsjahr 1866 und das Ausscheiden der Habsburgermonarchie aus dem Deutschen Bund tief erschüttert. Der innerhabsburgische Ausgleich von 1867 und die Schaffung des Norddeutschen Bundes als Vorstufe zum kleindeutschen Nationalstaat von 1871 erschienen Welcker folgerichtig als die von ihm stets bekämpfte »Zerreißung des Vaterlandes« und als Ende seiner großdeutschen Hoffnungen. Welcker starb im März 1869 in Heidelberg – die Bereitschaft vieler liberaler Preußenskeptiker und 1848er, der im Januar 1871 erreichten nationalen Einheit unter preußischen Vorzeichen patriotischen Beifall zu spenden, musste er nicht mehr erleben. Die nationale Einheit kam, aber nicht primär über Verfassung und Parlament. Die berühmte Darstellung der Proklamation im Spiegelsaal von Versailles von Anton von Werner zeigte eben Fürsten und militärische Uniformen, keine Bürger. Es war der Moment einer im Kern bellizistischen Gründung eines deutschen Nationalstaates, am Symbolort in Versailles und damit im Herzen des zum Erbfeind stilisierten französischen Gegners. Die politische Biografie Carl Theodor Welckers erinnert aus der Perspektive eines Liberalen auch an die Verlustgeschichte, die 1866 und 1871 bedeuteten.



Abb. 7: Denkmal für Carl von Rotteck. Bis zur Neugestaltung des Platzes der Alten Synagoge neben dem Kollegiengebäude II der Universität Freiburg in Richtung Bertoldstraße stehend.

Zusammenfassung und Ausblick

Auch der hier präsentierte, allenfalls symptomatische Blick auf wichtige Kennzeichen des frühen Liberalismus in Deutschland und der Versuch, dies anhand der konkreten Wirkungen von zwei der wichtigsten Repräsentanten des Liberalismus zu rekonstruieren, führt zu einem vielfältigen und keineswegs widerspruchsfreien Bild. Dieses Bild geht weder in einer einfachen negativen Kontinuitätslinie – dem historischen Versagen des deutschen Bürgertums und des Liberalismus vor dem allmächtigen Staat – noch einer simplen positiven Kontinuität von Aufklärung, Rechtsstaat, Zivilgesellschaft und parlamentarischer Demokratie auf. Kennzeichnend für deutsche Liberale wie Rotteck und Welcker waren am Beginn des 19. Jahrhunderts gerade nicht eindeutige Traditionen und Positionen, sondern Gegensätze und Ambivalenzen, von denen einige abschließend noch einmal hervorgehoben werden sollen:

Erstens, Aufklärung und Revolution: Vor allem Rotteck war ein später Repräsentant der Aufklärung des 18. Jahrhunderts. Familiär und lokal blieben der Josephinische Reformabsolutismus sowie die Aufklärung in ihrer deutschen Variante mit Kant und der französischen mit Rousseau für ihn prägend. Aber zugleich erfuhr er auch die radikalen Umbrüche in Frankreich und Europa zwischen 1789 und 1815. Seither suchten Liberale nach einem Weg der Reform, der ohne Gewalt zum Erfolg führen sollte. Rottecks Fokus auf Parlament und Verfassung, seine Ablehnung der außerparlamentarischen Bewegung von 1830/32 und jeder Orientierung an der Französischen Revolution standen in diesen Zusammenhängen. Für Welcker bildeten eher die Wendung gegen die napoleonische Besatzung und die Spannung zwischen Befreiungskrieg und Freiheitskampf den Ort seiner frühen politischen Sozialisierung. Stärker noch als bei Rotteck wurde für ihn die Frage nach den territorialen Grenzen und der staatsrechtlichen Struktur eines künftigen deutschen Nationalstaates zu einem Leitmotiv seines politischen Lebens.

Zweitens, Reform und Revolution: Veränderungen ohne gewaltsame Systemwechsel herbeizuführen bedeutete aber auch, sich auf einen gewissen Kompromisskurs, eine Kooperation mit den bestehenden Obrigkeiten des Staates, mit Monarchie, Regierung und Verwaltung, einzulassen. Das setzte aber einen Reformwillen und eine Reformbereitschaft des Staates und seiner Eliten voraus, wie man ihn im Dritten Deutschland jenseits von Preußen und Österreich auch noch nach 1815 vor allem in den ehemaligen Rheinbundstaaten erleben konnte. Wo die Grenze der Kontrolle und Kritik verlief, wo Widerstand über die Parlamente hinausgehen musste, blieb ein Grundproblem der deutschen Liberalen im Spannungsfeld zwischen Reformhoffnung

und Revolutionsfurcht. Welcker sollte am Ende der 1840er-Jahre erleben, dass die Reformblockade innerhalb des Deutschen Bundes ohne eine revolutionäre Bewegung nicht aufzulösen war. Umso genauer achtete er dann aber auf die Grenze zwischen dem demokratisch-republikanischen Radikalismus und dem konstitutionell orientierten Liberalismus, der in der Krise von 1849 für einen deutschen Nationalstaat auch ein preußisches Erbkaisertum zu akzeptieren bereit war.

Drittens, Dualismus und Parlamentarismus: Der vor allem von Rotteck so vehement vertretene Dualismus zwischen Monarchie/Regierung und Parlament verwies den Liberalismus auf eine institutionelle Oppositionsrolle, auf Kritik und Kontrolle. Politische Gestaltung im Sinne einer alternativen Regierung, eine Weiterentwicklung der konstitutionellen zur parlamentarischen Monarchie, in der die Regierung von der Mehrheit des Parlaments abhängig war, lag nicht in diesem Horizont. Diese Neigung zur Fundamentalopposition, der Ausschluss von »Realpolitik« (von Rochau) und »Regierungsfähigkeit« (Baumgarten), markierten eine besondere Problematik von Liberalen in Deutschland weit über 1830 und 1848 hinaus. Welckers Wirken in der Frankfurter Nationalversammlung, sein realpolitischer Lernprozess vom Vertreter einer großdeutschen Lösung zum Antrag vom März 1849 unterstrich aber, dass die Frankfurter Nationalversammlung trotz Zeitdrucks und abnehmender Handlungsspielräume am Ende eine konkrete Lösung für einen freiheitlich konstituierten Nationalstaat anbieten konnte.

Viertens, Inklusion und Exklusion: Der frühe Liberalismus war einerseits inklusiv, indem er den Antagonismus zwischen Staat und Gesellschaft zu überbrücken suchte durch eine lange Zeit traditionale Vorstellung einer interessenharmonischen und klassenlos gedachten Bürgergesellschaft, als Fortsetzung der altständischen »societas sive res publica«, die den Gegensatz zwischen Staat und Gesellschaft so nicht gekannt hatte. Aber diese Bürgergesellschaft war in der Praxis doch zugleich exklusiv konzipiert, an den Kriterien von Besitz, Bildung und bürgerlicher Reife orientiert, und ließ den unterbürgerlichen Schichten, dem »Pöbel«, wie auch den Juden allenfalls eine ungefähre Perspektive, wie man langfristig und allmählich in diese Gesellschaft hineinwachsen könne. Hier setzte Welcker und mit ihm eine Minderheit des frühen Liberalismus konsequenter als Rotteck auf eine sofortige rechtliche Gleichstellung der Juden. Aber die Abgrenzung gegenüber den unterbürgerlichen Schichten blieb auch bei ihm virulent.

Fünftens, Gesinnung und Partei: Weil der Liberalismus seinen Anhängern stets mehr war als eine politische Ideologie, weil er für eine Gesinnung, eine Disposition, einen bestimmten Habitus, einen Modus bürgerlich-geselliger Sozialisierung stand, konnten viele Liberale die Entstehung konkurrierender

Parteien links und rechts vom Liberalismus nur als Bedrohung und als Verrat am Grundprinzip vernunftgeleiteter Politik empfinden. Nach 1830 erodierte das politische Deutungsmonopol des Liberalismus erkennbar – so sehr ein Unternehmen wie das *Staatslexikon* auch den Willen verriet, die politische Deutungshoheit zu erhalten. Mit dem Interessenpluralismus einer dynamischen Gesellschaft, der unweigerlich mit Konflikten einhergehen musste, tat sich vor allem die ältere Generation der Liberalen schwer, wie man an Rotteck erkennen konnte. Welckers Wirken in der Frankfurter Nationalversammlung zeigte dagegen, wie Liberale mit der konkreten Gestaltung von Politik konfrontiert waren und welche Lernprozesse, Kompromisse und Ambivalenzen das provozierte. Mit der Vorstellung eines unpolitischen, in der Praxis gar paralysierten Professorenparlaments hatte das nichts zu tun.

Sechstens, Region und Nation: Der deutsche Frühliberalismus hatte regionale Handlungsräume, aber er entwickelte nationale Erwartungen, die spätestens seit den Erfahrungen von 1830/32 über die Grenzen eines Großherzogtums hinauswiesen. Dieser Spannung waren sich zumal politische Professoren wie Rotteck und Welcker sehr bewusst: Sie waren keine naiven Bewohner eines akademischen Elfenbeinturms, sondern selbstbewusste Akteure in einem umfassenden, wenn auch keinesfalls widerspruchsfreien Prozess der Politisierung, sei es als Wissenschaftler im Hörsaal, als Parlamentarier im Landtag, als Zeitungsherausgeber, Publizisten oder Autoren. Sie wussten um den Wandel von Medien und öffentlicher Kommunikation – lokal, regional und national –, und sie wussten ihre Möglichkeiten zu nutzen. Die besondere Spannung zwischen Theorie und Praxis, zwischen dem von Kant abgeleiteten Vernunftrecht als Grundlage des liberalen Credo und dem Liberalismus auf konkreten Foren, in den Vereinen, den Kammern und der Presse, machten sie sich zu Nutze. Dabei übernahmen sie vielfältige Rollen: als liberale Professoren, Parlamentarier, als Publizisten und damit insgesamt als Referenzakteure in einer politisch sensibilisierten Öffentlichkeit, ausgestattet mit einem wachen Bewusstsein für die Regeln der Öffentlichkeit, für persönliche Netzwerke, für Kommunikation und die Wirkung politischer Begriffe und politischer Sprache. All das war für das Verständnis von Politik im langen 19. Jahrhundert grundlegend. Die Dynamik dieser Prozesse ging weit über das hinaus, was in der Historiografie noch immer oft und vorschnell als Scheitern der Liberalen oder als Defizitgeschichte des Liberalismus in Deutschland verhandelt wird.

Christoph Schmider: Bartholomä Herder – Verleger in Freiburg

- Bücker, Hanns: Bartholomä Herder 1774–1839. Verleger – Drucker – Buchhändler [zum 150. Todestag am 11. März 1989], Freiburg u. a. 1989.
- Dorneich, Julius: Herder, Bartholomä, in: Neue Deutsche Biographie 8 (1969), S. 604, online unter <https://www.deutsche-biographie.de/pnd118774034.html#ndbcontent> [Stand: 16.09.2019].
- Herder, Gwendolin: Entwicklungslinien volksbildnerischer Verlagsarbeit zwischen Kölner Ereignis und Märzrevolution (1837–1848). Der christliche Buchhandel am Beispiel des Verlages Herder in Freiburg im Breisgau, phil. Diss. Bonn 1989.
- Im Dienst am Buch. Bartholomä Herder, Benjamin Herder, Hermann Herder, hg. von Albert Maria Weiß und Engelbert Krebs, Freiburg 1951.

Jörn Leonhard: Carl von Rotteck – Vormärz und Liberalismus

- Göhler, Gerhard: Volkssouveränität und konstitutionelle Monarchie. Karl von Rotteck, in: Politische Theorien von der Antike bis zur Gegenwart, hg. von Hans-Joachim Lieber, München 1991, S. 37–74.
- Leonhard, Jörn: Liberalismus. Zur historischen Semantik eines europäischen Deutungsmusters (Veröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts London 50), München 2001.
- Leonhard, Jörn: »Die Zukunft der Geschichte«? – Carl von Rotteck und die Widersprüche des deutschen Frühliberalismus, in: Zwischen Stadt, Staat und Nation. Bürgertum in Deutschland, Bd. 1, hg. von Stefan Gerber, Werner Greiling, Tobias Kaiser und Klaus Ries, Göttingen 2014, S. 373–389.
- Rotteck, Carl von: Allgemeine Geschichte vom Anfang der historischen Kenntnis bis auf unsere Zeiten, 13. Aufl., Freiburg 1839 u. ö.
- Schöttler, Rainer: Politische Theorien des süddeutschen Liberalismus im Vormärz. Studien zu Rotteck, Welcker, Pfizer, Murhard, Baden-Baden 1994.
- Staats-Lexicon oder Encyclopädie der Staatswissenschaften, in Verbindung mit vielen der angesehensten Publicisten Deutschlands hg. von Carl von Rotteck und Carl Theodor Welcker, 15 Bde., Altona 1834–1843, 4 Ergänzungsbde., Altona 1846–1848; 12 Bde., 2. Aufl., Altona 1845–1848; 14 Bde., 3. Aufl., Leipzig 1856–1866.
- Würtz, Christian: Rotteck und Welcker als Repräsentanten der badischen liberalen Publizisten, in: Von der Spätaufklärung zur Badischen Revolution. Literarisches Leben in Baden zwischen 1800 und 1850, hg. von Achim Aurnhammer (Literarisches Leben im deutschen Südwesten von der Aufklärung bis zur Moderne 2), Freiburg 2010, S. 91–110.

Elena Heim: Hermann von Vicari – Kulturkampf in der Stadt

- Becker, Josef: Liberaler Staat und Kirche in der Ära von Reichsgründung und Kulturkampf. Geschichte und Strukturen ihres Verhältnisses in Baden 1860–1876 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B, 14), Mainz 1973.
- Geschichte der Erzdiözese Freiburg, Bd. 1: Von der Gründung bis 1918, hg. von Heribert Smolinsky, Freiburg/Basel/Wien 2008.
- Geschichte der Stadt Freiburg im Breisgau, Bd. 3: Von der badischen Herrschaft bis zur Gegenwart, hg. von Heiko Haumann und Hans Schadek, Stuttgart 2001.

- Schmider, Christoph: Die Freiburger Bischöfe. 175 Jahre Erzbistum Freiburg. Eine Geschichte in Lebensbildern, Freiburg/Basel/Wien 2002.
- Staat und Kirche im 19. und 20. Jahrhundert. Dokumente zur Geschichte des deutschen Staatskirchenrechts, Bd. 2: Staat und Kirche im Zeitalter des Hochkonstitutionalismus und des Kulturkampfes 1848–1890, hg. von Ernst Rudolf Huber und Wolfgang Huber, Berlin 1976.

Stephanie Zumbrink: Georg Schneider und Josef Durm – Architektur im 19. Jahrhundert

- Everke, Gerhard: Christoph und Friedrich Arnold – Zwei Architekten des Klassizismus in Baden, Bd. 1 und 2, phil. Diss. Freiburg 1991.
- Grammbitter, Ulrike: Josef Durm (1837–1919). Eine Einführung in das architektonische Werk, Dissertation Universität Heidelberg 1982, München 1984.
- Kalchthaler, Peter: Freiburg und seine Bauten, Freiburg 2006.
- Kalbaum, Ulrike: Die Villa Colombi in Freiburg im Breisgau (1859–1861). Studien zum neugotischen Wohnbau in Südwestdeutschland (Forschungen zur Oberrheinischen Landesgeschichte LI), Freiburg/München 2006.
- Schneider, Georg Jakob: Entwürfe theils ausgeführten Privat- und Gemeinde-Bauten, bestimmt für Gewerbeschulen und überhaupt für die Baugewerbe, Freiburg 1859.
- Stude, Jürgen: Georg Jakob Schneider. Der Baumeister der Synagogen, in: Geroldsecker Land 55 (2013), S. 27–40.
- Vedral, Bernhard: Georg Jakob Schneider (1809–1883). Gewerbeschulhauptlehrer und Architekt, in: Gewerbeschule Freiburg 1837–1987. Festschrift zum 150jährigen Bestehen der Freiburger Gewerbeschulen, hg. von Peter Schickl, Freiburg 1987, S. 192–196.
- Vollmer, Franz X.: Das neue Schloß Ortenberg: 1838–1988, Ortenberg 1988.

Gabriele Witolla: Lorenz Werthmann – Caritas und Wohlfahrtspflege

- Liese, Wilhelm: Lorenz Werthmann und der Deutsche Caritasverband, Freiburg 1929.
- Maurer, Catherine: Der Caritasverband zwischen Kaiserreich und Weimarer Republik. Zur Sozial- und Mentalitätsgeschichte des caritativen Katholizismus in Deutschland, Freiburg 2008.
- Neher, Peter u. a.: Lorenz Werthmann. Caritasmacher und Visionär, Freiburg 2008.
- Witolla, Gabriele: Die Anfänge der Italienerfürsorge. Italiener und Italienerinnen in Freiburg 1890–1915, in: Migration in Freiburg im Breisgau. Ihre Geschichte von 1500 bis zur Gegenwart, hg. von Ulrich P. Ecker und Nausikaa Schirilla, Freiburg 2014, S. 69–78.

Karl-Heinz Leven: Bertha Ottenstein – Odyssee einer Wissenschaftlerin

- Erichsen, Regine: Türkei, in: Handbuch der deutschsprachigen Emigration 1933–1945, hg. von Claus-Dieter Krohn, Patrik von zur Mühlen, Gerhard Paul und Lutz Winckler, Darmstadt 1998, Sp. 426–434.
- Leven, Karl-Heinz: 100 Jahre Klinische Dermatologie an der Universität Freiburg im Breisgau, 1890–1990. Mit einem Vorwort von Prof. Dr. Erwin Schöpf, Freiburg 1990.